

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 96. Ratssitzung vom 14. Dezember 2011

2108. 2011/450

Postulat der AL-Fraktion vom 07.12.2011:

Volle Ausschöpfung des budgetierten Betrags für die Lohnmassnahmen 2012

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Walter Angst (AL) begründet namens der AL-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2053/2011).

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) wehrt sich gegen eine Reallohnerhöhung, vor allem da sie durch nicht verwendete Mittel für den Teuerungsausgleich finanziert werden soll. Die Geschichte zeige, dass man dann erfolgreich gewesen sei, wenn tripartistisch Lohnmässigung betrieben worden sei. Unverhältnismässige Lohnforderungen hingegen hätten zu Misserfolg geführt. Das Postulat gehöre seines Erachtens zu den erfolglosen Exzessen der Lohnforderungen. Daher sei es abzulehnen.

Katrin Wüthrich (SP): Dem städtischen Personal muss Sorge getragen werden, wozu auch ein angemessener Lohn gehört. Die Stadt Zürich muss die für das Personal bereitgestellten Mittel auch wirklich nutzen und die abgemachten Massnahmen umsetzen. Stimmen Sie daher bitte dem Postulat zu.

Walter Angst (AL): Es ist aus meiner Sicht unbestritten, dass wir eine Minussteuerung haben. Insgesamt geht es der AL um 8,5 Mio. Franken, die sie mehr ausschöpfen will. Das entspricht meines Erachtens genau der Kompensation, die nach der letztjährigen Nullrunde angebracht ist. Insgesamt sprechen wir von 17 Mio. Franken, die nicht einmal das decken, was die städtischen Angestellten aufgrund der neuen Regelungen für die Pensionskasse mehr bezahlen müssen. Wenn wir bei 0,5 Prozent bleiben, hat das Personal nächstes Jahr erheblich weniger Geld in der Tasche. Mit 1 Prozent würde der Verlust doch etwas gemindert, wenn auch nicht vollständig kompensiert. Das sind wir dem Personal schuldig. Vor allem da erst im Februar 2012 klar sein wird, wie viel weniger in diesem Jahr für den Teuerungsausgleich ausgegeben werden musste.

Rebekka Wyler (SP): Die SP unterstützt das Postulat der AL. Es erscheint mir doch etwas seltsam, dass die SVP in diesem Zusammenhang mit Lohnmässigung argumentiert, während sie die Lohnexzesse in der Privatwirtschaft regelmässig rechtfertigt. Das finde ich unsäglich.

Dr. Martin Mächler (EVP): Die EVP ist der Meinung, dass das städtische Personal gut behandelt werden soll. Aus diesem Grund hat sie auch der Realloohnerhöhung von 0,5 Prozent zugestimmt. Die Begründung der AL für ihr Postulat ist uns aber zu wenig überzeugend. Vielmehr möchten wir in einem nächsten Budget wieder eine massvolle Lohn-erhöhung gewähren können, wenn es die wirtschaftliche Lage erlaubt. Das Personal wird zudem in ähnlichen Betrieben gleich behandelt und erhält im nächsten Jahr auch keine Teuerungszulage. Aus diesem Grund wird die EVP das Postulat ablehnen.

Christoph Spiess (SD) erinnert sich, dass vorher von fürstlichen Löhnen im öffentlichen Dienst gesprochen worden sei. Beim öffentlichen Dienst diskutierte die ganze Welt mit, was eine angestellte Person verdiene. Das sei auch richtig so. Von fürstlichen Löhnen könne aber keine Rede sein. Im privaten Sektor werde hingegen ein grosses Geheimnis um den Lohn gemacht, da eine Person vielleicht sonst noch merken würde, dass sie über den Tisch gezogen werde. Zudem weise der öffentliche Dienst in den letzten Jahren im Vergleich zur Privatwirtschaft eine geringe Lohnentwicklung auf. Es sei aber eine Tatsache, dass der öffentliche Sektor bezüglich Lohn zunehmend nicht mehr konkurrenzfähig sei, nicht nur in den Kaderpositionen, sondern auch eine Stufe darunter. Es sei ihm klar, dass gewisse Leute sich von der Gewerkschaft Lohnmässigung wünschten. Das sei aber aus seiner Sicht nicht die Aufgabe einer Gewerkschaft, sondern sie müsse parteiisch und kämpferisch sein. Der daraus resultierende Kompromiss sei eine gute helvetische Erfindung. Aus diesen Überlegungen würden die Schweizer Demokraten das Postulat unterstützen, da damit dem Personal etwas zurückgegeben werden könne. Er kritisierte zudem den Index der Konsumentenpreise, da darin seines Erachtens viele steigende Ausgaben, wie die Krankenkassenprämien, nicht berücksichtigt würden.

Roger Liebi (SVP) findet es interessant, dass ausgerechnet die Schweizer Demokraten diesen Vorstoss unterstützten. Immerhin erinnere er sich an einen Artikel im Blick, in dem im Zusammenhang mit Mindestlöhnen das SD-Gemeinderat Blöchlinger erwähnt worden sei, und zwar nicht in positiver Weise. Er regt an, vielleicht die Zahl der Mitarbeiter zu reduzieren, aber weiterhin die gleiche Lohnsumme auszusahlen. Damit könne das Ziel der AL auch erreicht werden.

Christoph Spiess (SD) bestätigt, dass ein solcher Artikel erschienen sei. Die Partei habe daraufhin Patrick Blöchlinger befragt, der die nötigen Antworten geliefert habe. Auffällig sei, dass sich diese Geschichte nachher im Sand verlaufen habe, was doch darauf hindeute, dass nichts Wahres daran gewesen sei. Er sei davon überzeugt, dass Patrick Blöchlinger ein anständiger Arbeitgeber sei.

3 / 3

Das Postulat wird mit 61 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Kopie vorab an:
FV